

## **Mainstream statt Abendrothschule**

### **Die Politikwissenschaft in Marburg gibt sich ein neues Profil – Studierende kündigen Proteste an**

*In seiner Direktoriumssitzung am 14.11.07 beschloss das Institut für Politikwissenschaft in Marburg das abgeschlossene Berufungsverfahren „Internationale Politische Ökonomie mit Schwerpunkt Europäische Integration“ nicht weiter zu verfolgen. Gleichzeitig legten die ProfessorInnen einen Plan für die künftige Struktur des Instituts vor. Demnach soll die kritische Tradition des Instituts in Zukunft wegfallen. Die sogenannte „Abendrothschule“ hatte in den vergangenen 50 Jahren das Institut geprägt.*

Vorangegangen war der Entscheidung eine Anordnung des Präsidiums, am Institut eine Stelle zu streichen. Die Anordnung wurde von Senat und Fachbereichsrat als unzulässige Einflussnahme in ein Berufungsverfahren kritisiert. Eine eigens gegründete „Initiative zur Rettung kritischer Wissenschaft“ sammelte über 1.000 Unterschriften gegen die Kürzung. Das Direktorium der Politikwissenschaft entschied sich hingegen, die Stellenstreichung zu akzeptieren.

Die Stellenkürzung führt zu einer weiteren Verknappung des Lehrangebots am Institut. Schon jetzt können einige Studiengänge – etwa European Integration – zum Teil nur über Studiengebührenmittel abgedeckt werden. Nikolai Huke, Referent für Hochschulpolitik des AStA Marburg, hält das für gefährlich: „Die ProfessorInnen am Institut verlassen sich darauf, dass die Studiengebührenmittel weiter fließen, statt vom Präsidium eine ausreichende Ausstattung mit langfristig gesicherten finanziellen Mitteln einzufordern. Das Verwaltungsgericht Gießen hat in mehreren Entscheidungen Studiengebühren für nicht verfassungskonform erklärt. Fallen die Gebühren weg – was zu hoffen ist – können mehrere politikwissenschaftliche Studiengänge nicht aufrechterhalten werden.“

Die „Initiative zur Rettung kritischer Wissenschaft“ in Marburg betont die politische Dimension der Stellenkürzung. „Es ist durchaus im Interesse einiger Professoren, dass die kritische Perspektive am Institut zukünftig wegfällt. Dem neuen Strukturplan sieht man an, dass er von politischen Machtinteressen einzelner ProfessorInnen am Institut geprägt ist. So werden einzelne Bereiche - zum Beispiel Sicherheitspolitik – verankert, die zuvor nicht zum Profil des Instituts gehörten, während andere – etwa direkte Demokratie und Internationale Politische Ökonomie – ersatzlos gestrichen werden. Insgesamt führt das dazu, dass der Methodenpluralismus am Institut verloren geht. Das wiederum hat gravierende Folgen für die Wissenschaftlichkeit des Instituts. Wenn keine Diskussion mehr über Forschungsperspektiven stattfindet, weil alle ähnliche Positionen vertreten, ist das keine Wissenschaft sondern Ideologie“, kritisiert Philipp Köllen von der Initiative.

Auch das Zustandekommen der Entscheidung wird von der Initiative kritisiert. „Die ProfessorInnen arbeiten mit allen Tricks. Da wird verschwiegen, verheimlicht und geklüngelt, nur um die eigene Position durchzusetzen. Eines von vielen Beispielen ist, dass der Geschäftsführende Direktor des Instituts Henkenborg dem Direktorium in der letzten Sitzung verschwiegen hat, dass er für Montag, den 19.11.2007 in den Senat geladen wurde, um sich dort für die seltsame Vorgehensweise des Instituts zu rechtfertigen“, so Köllen.

Die Studierende kündigten Proteste gegen die Neuausrichtung des Instituts an. Auf einem „Protestkoordinierungstreffen“ beschlossen sie, am 12. Dezember eine Vollversammlung abzuhalten und dort über die weitere Vorgehensweise zu entscheiden. Bis dahin soll es verschiedene kleinere Protestaktionen geben.

